

Staatsmonopole und Sozialismus

Die Erklärung des Staatssekretärs Delbrück, daß ein Staatsmonopol den Privatmonopolen vorzuziehen sei, und die Ankündigung in der Presse, daß die Regierung beabsichtige, ein Staatsmonopol für Kali, Spiritus, Petroleum und Zündhölzer zu schaffen, haben natürlich vor allem in der Sozialdemokratie lebhaftes Interesse erweckt. Ein Staatssekretär als Sozialist! hieß es vielerorts in unserer Presse; ein Minister, der erklärt, daß Privatunternehmungen nicht die beste Wirtschaftsform bilden, was tut er anders, als uns vorarbeiten, und die Richtigkeit unserer Lehren bezeugen? Denn die sozialistische Produktionsweise, die wir erstreben, ist als ein Staatsmonopol aller wichtigen Industrien zu bezeichnen, wobei der Staat — oder ein anderes politisches Organ, wie die Gemeinde — durch eine überall durchgeführte Demokratie ein Organ der großen arbeitenden Volksmasse ist.

Nach dieser Auffassung ist ein Ersatz von Privatunternehmungen durch Staatsmonopole zwar noch kein Sozialismus, aber doch der erste Schritt dahin. Sie bringt die Unternehmung in die Hände des Staates; den zweiten Schritt, diesen Staat zu demokratisieren, ihn zum Volksstaat zu machen, bleibt die Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes. Ist der kapitalistische Klassenstaat schon gezwungen, immer mehr Betriebszweige zu verstaatlichen, so erleichtert er uns unsere künftige Arbeit; wir brauchen dann nicht mehr nach Eroberung der politischen Herrschaft diese aus den Händen der Privatbesitzer zu reißen. Daher müssen wir es jedesmal begrüßen, wenn der heutige Staat sich genötigt sieht, Privatbetriebe zu Staatsmonopolen zu machen.

Allerdings kann dieser Grund nicht besonders schwer ins Gewicht fallen. Die Verstaatlichung ist der allerleichteste Teil unserer Aufgabe, wenn wir den schwersten Teil, die Eroberung der politischen Macht, vollbracht haben. Schwer würde es uns fallen, wenn wir mit einer Anzahl kleiner Betriebe es zu tun hätten; aber der kapitalistische Konzentrationsprozeß hat schon die zersplitterte Produktion in eine Anzahl Großbetriebe und diese zu Kartellen, Interessenverbänden und sogar Monopolen zu-

sammengesetzt. Ob ein Privat- oder ein Staatsmonopol, das wird für die demokratische Organisation der Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage wenig Unterschied machen. Die Aufgaben nach unserem Siege können uns wenig Sorge bereiten; unsere einzige große Sorge ist, wie wir am besten und am raschesten siegen können. Nur von diesem Gesichtspunkte aus dürfen wir unsere und der Gegner Taten betrachten: werden sie unseren Sieg beschleunigen oder hemmen, erleichtern oder erschweren?

Dieser Gesichtspunkt tritt auch fast überall in den Vordergrund, wo unsere Parteipresse sich zu der Frage der Staatsmonopole äußert. Diejenigen, die die Pläne der Regierung zustimmend begrüßen, weisen vor allem auf den Gewinn für unsere Propaganda hin. Der theoretische Kampf gegen die bürgerlichen Klopffechter des Kapitalismus drehte sich immer um die Frage: Privatbetrieb oder Staatsbetrieb. Wir weisen oft mit Erfolg auf die zweckmäßige Organisation der heutigen Staatsmonopole, z. B. im Post- und Telegraphendienst und der Eisenbahnen hin, wenn die bürgerlichen Redner den privaten Unternehmungsgeist und die freie Konkurrenz preisen! Daher kann es unserer Propaganda nur zugute kommen, wenn jeder-mann sieht, daß sogar der umsturzeindliche deutsche Junkerstaat sich genötigt sieht, das Gebiet der Staatsmonopole auf Kosten der Privatunternehmungen immer mehr zu erweitern. In diesem Sinne kommt den Regierungsplänen eine nicht zu unterschätzende grundsätzliche Bedeutung zu.

So liest man in einem Teile der Parteipresse. Aber diese ganze Betrachtungsweise beruht auf einem Grund-irrtum über das Wesen der sozialistischen Bewegung. Sie paßt zu dem Charakter einer englischen Fabiergesellschaft, die gebildet Leute für die Idee der gesellschaftlichen Produktion zu gewinnen sucht, aber nicht zu dem Sozialismus der deutschen Arbeiterpartei. Der Sozialismus wird nicht kommen, weil die gesellschaftliche Produktion viel vernünftiger ist, als eine private, sondern weil die Arbeiterklasse sie notwendig durchführen muß, sobald sie die politische Herrschaft erobert hat. Unsere Aufgabe als Partei ist daher nicht, die Menschen zu der theoretischen Einsicht der Vorzüglichkeit der sozialistischen Wirtschaftsordnung zu bringen. Unsere Aufgabe ist, die Arbeiterklasse mächtig im Klassenkampfe zu machen, damit sie möglichst rasch die Herrschaft erobern kann. Und die Arbeiterklasse wird nicht zum Klassenbewußtsein, zur Organisation, zur Macht geweckt durch das Vergleichen des Wertes von Privat- oder Staatsbetrieb, sondern durch

die am eigenen Leibe empfundene Not, durch die Ausbeutung, durch die Unterdrückung, durch die Unerträglichkeit der Kapitalherrschaft. Für das Bewußtwerden des Proletariats und seine Teilnahme an dem Klassenkampfe ist die Propaganda, die von den Staatsmonopolen ausgeht, nur von äußerst geringer Bedeutung.

Ja, es ist sogar fraglich, ob sie wirklich eine Propaganda für und nicht vielmehr gegen den Sozialismus bietet. Wie treten die Staatsmonopole den Arbeitern vor Augen? Als Betriebe, wo der Proletarier schlimmer geknechtet wird, als in irgend einem Privatbetriebe. Die Staatsarbeiter dürfen sich nicht organisieren wie sie wollen, sie dürfen keine eigene Meinung haben, sie werden bei dem geringsten Anlaß, an ihrer strammen Staatsgesinnung zu zweifeln, schonungslos aufs Pflaster geworfen. Die Staatsbetriebe bedeuten Betriebe, worin die Arbeiter dem mächtigsten aller Unternehmer unterstellt sind, gegen den keine Auflehnung möglich ist, und der vielmehr als irgend ein Privatunternehmer das Denken und das Gewissen seiner Arbeiter vergewaltigt. Der Staatsbetrieb trägt den Charakter des Staates. Wo der Unternehmer ein demokratisches Gemeinwesen ist — wie bei vielen Gemeindebetrieben in England — haben die Arbeiter vielfach bessere Arbeitsbedingungen und mehr Freiheit als in Privatbetrieben, und da bildet ihre Lage eine Propaganda für den Sozialismus unter den Arbeitern. Wo der Kapitalist der deutsche Staat ist, muß umgekehrt die Lage der Arbeiter in seinem Dienste die noch weniger aufgeklärten Massen eher von dem Sozialismus zurückschrecken.

Aber auch im allgemeinen beruht das Argument, die vorge schlagenen Monopole könnten als Propaganda für unsere Sache dienen, auf einem Irrtum. Ja, wenn die Regierung genötigt wäre, aus Gründen des Allgemeininteresses Privatmonopole zu verstaatlichen, so könnten wir uns darauf berufen. Aber die Regierung läßt sich durch das Allgemeininteresse am wenigsten leiten; sonst hätte sie schon längst mit den Kohlenbergwerken einen Anfang gemacht. Ihr Grund liegt in der Finanznot des Reiches; es muß Geld geschafft werden, ohne zu Steuern zu greifen, die den bürgerlichen Parteien ungeliebt kommen. Wenn darin, daß eine Regierung aus Geldnot Staatsmonopole einführt, Propaganda für den Sozialismus liegt, dann läge sie auch in den alten verhassten Monopolen der absolutistischen Fürsten im 17. und 18. Jahrhundert. Gegen diese Finanzmonopole, die eine verkappte Steuerform darstellen, kann eine Partei, die die Volksmassen vertritt, vom prinzipiellen Standpunkte nur

in der allerschärfsten Weise den Kampf führen.
In der Praxis entscheidet die Frage, ob die Volksmassen, die Konsumenten, vom Staate oder von den heutigen Privatkapitalisten und Monopolisten schlimmer geschöpft werden. Die praktische Frage, wie die Verstaatlichung durchgeführt wird, muß unsere Haltung bestimmen; nur wenn dabei ein bedeutender Vorteil für die Volksmassen herauskommt, darf das Uebel des Staatskapitalismus mit seinen eisernen Ketten für die Arbeiter mit in Kauf genommen werden. Das könnte der Fall sein, wenn der Staat die riesigen Profitmassen aus den Händen der Privatkapitalisten risse, um sie direkt den Konsumenten zugute kommen zu lassen. Aber davon wird keine Rede sein. Man denke nur an den Vorschlag zum Spiritusmonopol im Jahre 1909. Die Konsumenten

müssen bluten, einmal um der Staatskasse eine Einnahme zu verschaffen, die für Militärausgaben zu verpulvern ist, und dann, um den Privatkapitalisten jette Profite zu sichern. Wer etwa glauben möchte, der Staat werde den Kapitalisten den Profit schmälern, der kennt ihn nicht. Sie haben nichts von ihm zu befürchten. Die Abfindungssummen, die der Staat bei der Monopolisierung zahlt, werden so hoch sein, daß den heutigen Aktionären das Einkommen kaum verringert wird. Statt in Aktien, legen sie ihr Kapital in Staatseffekten an, statt Dividende beziehen sie Zins, und die ganze Verwandlung läuft darauf hinaus, daß der Staat das Risiko, die Leitung, die Mühe und die Sorgen auf sich nimmt.

In dieser Verstaatlichung liegt nichts, was das Kapital erschrecken könnte. Im Gegenteil. So erklärt es sich auch, daß kein geringerer als Gary, der Leiter des amerikanischen Stahltrusts, sich für eine Verstaatlichung der Trusts erklärt hat. Dem Kapital bleiben dabei dieselben Einkünfte, sie werden noch besser gesichert, und der Staat nimmt ihm die lästige Aufgabe, mit den Arbeitern und den Konsumenten fertig zu werden. Die Arbeiter werden tiefer versklavt, ihr Kampf um die politische Herrschaft, der Kernpunkt des Sozialismus kann dabei nur erschwert werden.

Die Staatsmonopole, um die es sich heute handelt, sind kein Sozialismus; sie bilden auch keinen Schritt zum Sozialismus. Sie bilden eine stärkere und gefährlichere Form des Kapitalismus. Sie fördern unseren Kampf für den Sozialismus nicht, sondern erschweren ihn. Nur unter sehr besonderen, praktisch kaum zu erwartenden Bedingungen könnten wir ihnen zustimmen. —

Nr. 215. 16. März 1912.
Nicht vor Sonnabend abdrucken.

Minimumlohn.

ap. Der gewaltige Kampf der Bergarbeiter in England hat die Aufmerksamkeit auf ihre Hauptforderung, den Minimumlohn, gelenkt. Als der Minister Asquith nach der starren Weigerung der südwaliser Bergherren erklärte, er wolle das Prinzip des Minimumlohnes gesetzlich festlegen, wurde das als etwas ganz neues in der sozialen Gesetzgebung gerühmt. In der Tat, so viele Forderungen der Sozialreform die kämpfende Arbeiterschaft dem Staate bisher stellte, nur ausnahmsweise findet sich dabei etwas über Minimumlohn. Das hatte auch seine guten Gründe. Ein gesetzlich festzulegender Mindestlohn war entweder unmöglich, oder zwecklos und ungenügend.

Von einer Sicherung der Existenz kann natürlich unter dem Kapitalismus keine Rede sein; dies zu fordern wäre utopisch. Andererseits ist der Mindestlohn, ohne daß die Gesetzgebung hinzukommen braucht, schon in der wirtschaftlichen Tatsache enthalten, daß der Lohn nicht unter das Existenzminimum, wo das Verhungern beginnt, sinken kann, denn dann hört die Arbeit auf. Eine gesetzliche Sicherung dieses Existenzminimums wäre ein überflüssiger Hohn. Als vor einem Jahrhundert in England da und dort der Lohn niedriger sank, wurde er aus der Armenunterstützung ergänzt. Reden wir über Minimumlohn, so kann damit nur ein Lohnminimum gemeint sein, das erheblich über der nackten Hungergrenze steht. Eine solche Forderung mußte aber theoretisch bedenklich, das heißt praktisch undurchführbar und utopisch erscheinen. Solange der Kapitalismus sich im Aufstieg befand, war die Verringerung des Wertes der Arbeitskraft der leitende Gedanke der bürgerlichen Politik. Förderung von Wissenschaft und Technik, Abschaffung von Zollgesetzen, billige Volkssuppe und kostenlose Volksschule, alles wurde aufgewandt für das eine große Ziel, das man den „Fortschritt“ nannte, die Verbilligung des Lebensunterhalts. Denn durch das Sinken der Unterhaltskosten der Arbeiter mußte der Mehrwert in demselben Maße steigen. Ein